

Längere Amtszeiten für Bürgermeister und Landräte

FDP-Antrag trotz großer Unterstützung abgelehnt

Als FDP plädieren wir weiterhin für eine Verlängerung der Amtszeit von Bürgermeistern und Landräten. 2013 gab es schon keine triftigen Gründe, die Amtszeit von acht auf fünf Jahre zu verkürzen. Gegen diesen Beschluss gab es damals massive Proteste.

Nicht nur die kommunalen Spitzenverbände haben sich gegen diese Verkürzung ausgesprochen, sondern auch die CDU Fraktion im Landtag. Heute drängen uns die gesellschaftlichen Herausforderungen noch stärker dazu, die Entscheidung rückgängig zu machen. Aus diesem Grund hat die FDP Landtagsfraktion bereits im November 2018 einen Antrag vorgelegt, diese Entscheidung wieder rückgängig zu machen. Diesen Antrag hat die große Koalition in der Sitzung des Landtages im Februar abgelehnt.

Während der Ausschussberatungen hatte die CDU deutlich gemacht, nach wie vor Sympathien für den Antrag zu

haben. Aus Sicht der CDU hat es bei einer Amtszeit von acht Jahren auch keinerlei negative Effekte gegeben. Im Landtag stimmte die CDU jedoch schlicht aus Koalitionstreue gegen den Antrag, um eine Auseinandersetzung mit der SPD zu vermeiden.

Dabei ist es noch schwieriger geworden, Bewerber für diese Ämter zu finden. Einerseits ist das gesellschaftliche Klima rauer geworden, andererseits sind die Herausforderungen und Aufgaben stetig gewachsen. Zur Lösung vieler drängender Probleme, wie dem Fachkräftemangel oder auch der fehlenden Anbindung vieler Regionen an schnelles Internet, ist ein Zeitraum von fünf Jahren für langfristige Strategien schlichtweg zu kurz. Aus diesem Grund haben die anderen Bundesländer, mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen, auch deutlich längere Amtszeiten für Ihre Hauptverwaltungsbeamten als Niedersachsen.



Freibetrag bei Grunderwerbssteuer bei privatem Eigentum

Die heutigen Schulden des Staates sind die Steuern unserer Kinder. Niedersachsen benötigt deshalb wieder eine aktive Haushaltspolitik anstatt sich nur auf steigende Steuereinnahmen und Nullzins zu verlassen. Wir machen den Haushalt mit Weitblick – jetzt Schulden abbauen und ein Neuverschuldungsverbot in die Landesverfassung aufzunehmen, wäre zukunftsgerichtet! Nur mit weniger Schulden, weniger Konsumausgaben und mehr Investitionen können wir Vorsorge für die Zukunft treffen und die wichtigen Aufgaben finanzieren.

Die vergessene Mitte muss im Mittelpunkt stehen. Eine Familie der Mitte muss sich wieder Wohneigentum leisten können. Inzwischen haben besonders junge Familien und Bürger mit kleinem und mittlerem Einkommen es immer schwerer, Wohneigentum zu erwerben. Wir wollen die Schaffung von Wohneigentum unterstützen und bei der Grunderwerbssteuer einen Freibetrag von 500.000 Euro für den privaten Ersterwerb einer Wohnimmobilie einführen.

Die Belastung durch Steuern und Abga-



Haushalt/Finanzen

ben auf allen Ebenen muss sinken und darf nicht ständig steigen. Niedersachsen braucht eine faire Balance zwischen Bürgern und Staat. Dazu gehören die Abschaffung des Soli und der dauerhafte Abbau der kalten Progression. Für die Betriebe müssen Abschreibungsmöglichkeiten, z.B. für Forschung und Entwicklung, verbessert werden und pauschale Abschreibungsbeträge laufend angepasst werden. Wir wollen zudem durch die Abschaffung der Gewerbesteuer und die Schaffung von eigenen Hebesätzen bei der Einkommensteuer das finanzielle Fundament der Kommunen verlässlicher gestalten. Für all diese Projekte kann und sollte sich eine Niedersächsische Landesregierung im Bundesrat einsetzen.

Die Bürger müssen sich auf den Rechtsstaat verlassen können



Rechtsstaat

Die Bürgerrechte schützen und gleichzeitig den Rechtsstaat durchsetzen – das ist das Ziel liberaler Rechtspolitik in Niedersachsen! Wir lehnen den beständigen Ruf nach immer neuen Gesetzen und Einschränkungen der Privatsphäre entschieden ab. Wir haben nicht zu wenig Gesetze – wir haben zu wenig Personal, um die bestehenden Vorschriften durchzusetzen. Denn nur ein bestens ausgestatteter Rechtsstaat stellt Terroristen und Einbrecher. Anstelle von Generalüberwachung fordern wir die Konzentration auf das Wesentliche. Der Staat sollte nicht von allen Bürgern etwas wissen, sondern von den Gefährlichen viel. Vor jeder Änderung der Rechtsnormen bedarf es einer intensiven, vorgeschalteten Analyse, um festzustellen, ob überhaupt Änderungsbedarf besteht. Ausgangspunkt jeder Überlegung zu Änderungen der Konzeption der inneren

Sicherheit ist dabei unsere Verfassung. Internationaler Terrorismus, anwachsende Gewalt politischer und religiöser Extremisten sowie neue Formen der Kriminalität bedrohen jedoch unsere freie und offene Gesellschaftsordnung. Der viel beschworene Satz, die Terroristen hätten gewonnen, wenn wir unseren freien und offenen Lebensstil aufgeben, besitzt aus unserer Sicht uneingeschränkt Geltung. Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass der Rechtsstaat nicht nur überall gilt, sondern in jedem Winkel unseres Landes auch durchgesetzt wird. Diesen Eindruck haben Teile der Bevölkerung jedoch verloren. Aus dieser Verunsicherung darf keine dauerhafte Vertrauenskrise werden.



Lesen Sie auch online:
www.facebook.com/marcogenthe
www.instagram.com/marcogenthe

Wir sehen uns ...

bei hoffentlich noch vielen Veranstaltungen und Aktivitäten der FDP des Landkreises Diepholz.

Bis dahin verbleibe ich mit freundlichen Grüßen und wünsche allen Mitgliedern, Freunden und Gönnern des FDP-Kreisverbandes eine gute Zeit und alles Gute!

Ihr

Barrierefreiheit umsetzen



Noch immer gibt es unzählige Barrieren, die einer umfassenden Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Wege stehen. Der teilhabepolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Jens Beeck, kämpft daher für die Umsetzung echter Barrierefreiheit.

Im Januar wurden verschiedene Initiativen zur Barrierefreiheit im Bundestag beraten. Gemeinsam haben sie, dass allesamt von der Großen Koalition abgelehnt wurden.

Für mich ist die Selbstbestimmung

zentrale Grundlage liberaler Politik. Die Verwirklichung vollumfassender Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gehört daher zu den großen Herausforderungen unserer Zeit, denn sie ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Doch während sich im letzten Jahr die Aufnahme des Diskriminierungsverbotes für Menschen mit Behinderungen in unser Grundgesetz zum 25. Mal und das Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) zum zehnten Mal jährte, bleibt vie-

len Menschen eben jenes Privileg eines selbstbestimmten Lebens verwehrt. In Artikel 9 der UN-BRK werden der gleichberechtigte Zugang zur physischen Umwelt, zu Transportmitteln und zu Information und Kommunikation als Grundlage für eine unabhängige Lebensführung und für volle Teilhabe genannt. Gerade die unabhängige Mobilität ist dabei aus liberaler Sicht ein entscheidender Baustein von umfassender Teilhabe. Leider wird die vollständige Barrierefreiheit des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ab Januar 2022, die in § 8 Personenbeförderungsgesetz festgeschrieben ist, nur auf dem Papier erfüllt sein. Denn CDU/CSU und SPD erlauben den Ländern weitreichende Ausnahmen und verstecken sich auf Nachfrage hinter der Länderzuständigkeit. Von Problemen will der Parlamentarische Staatssekretär Enak Ferlemann (CDU) nichts wissen. Das ist besonders ärgerlich, weil die Regelung in § 8 Absatz 3 Personenbeförderungsgesetz im Jahr 2012 von FDP und CDU/CSU beschlossen worden ist. Die Freien Demokraten im Bundestag und ich fordern die Bundesregierung in unseren Antrag (Drs. 19/14787) auf, endlich mit gutem Beispiel voranzugehen und auf die Herstellung umfassender Barrierefreiheit zu drängen. Aus unserer Sicht sollten die Ausnahmeregelungen, die derzeit noch gelten, spätestens 2026 enden. Außerdem muss

das barrierefreie Reisen mit der Bahn endlich flächendeckend ermöglicht werden. Denn es ist nicht hinnehmbar, dass es für mobilitätseingeschränkte Menschen unmöglich ist, mit der Bahn beispielsweise sicher im Rollstuhl von Berlin nach Dresden zu gelangen. Die Twitter-Diskussion darüber, ob Mitarbeiter der Deutschen Bahn versichert sind oder nicht, wenn sie Reisenden helfen, steht dabei genauso sinnbildlich für die vielen Probleme bei der Bahn im Bereich der Barrierefreiheit wie die Anschaffung der neuen IC-Doppelstockwagen, durch die sich mobilitätseingeschränkte Menschen kaum bewegen und so nicht einmal die nächste Toilette erreichen können.

Seit dem 1. Januar diesen Jahres sorgen die komplizierten Regelungen der neuen Stufe des Bundesteilhabegesetzes zudem dafür, dass nicht nur tausende Seiten neuer Verträge zwischen Betroffenen und Einrichtungen nötig sind, sondern auch ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer kaum noch ihrer Arbeit nachkommen können. Dieser Bürokratiewahnsinn geht am Ende vor allem zu Lasten von Menschen mit Behinderungen.

Der Weg hin zu einer inklusiven Gesellschaft ist noch weit. Als Freier Demokrat will ich ihn aktiv gestalten und so die Selbstbestimmung eines Jeden stärken.

Bürokratiemonster abschaffen!

Die Bon-Pflicht, die seit Beginn des Jahres gilt, ist für viele Unternehmen eine untragbare Belastung. Matthias Seestern-Pauly setzt sich gemeinsam mit den Freien Demokraten im Bundestag für eine schnellstmögliche Abschaffung ein.

Seit Beginn des Jahres gilt die sogenannte „Bon-Pflicht“ – und die schlimmsten Befürchtungen aller Betroffenen haben sich bewahrheitet. Denn unzählige mittelständische Betriebe und Einzelhändler ersticken unter der Flut an Kassenzetteln, die ausgedruckt werden müssen, obwohl sie von den Kundinnen und Kunden ausdrücklich nicht gewünscht sind. Viele von uns kennen die Bilder von überfüllten Müll-eimern. Allein im Bäckerhandwerk wird von über 5 Milliarden Bons aus Papier pro Jahr ausgegangen, die zusammen 500 Millionen Meter Papier verbrauchen – das 12,5-fache des Erdumfanges. Hinzu kommt, dass das Thermo-papier von Kassenzetteln aufgrund seiner besonderen Beschichtung im Restmüll entsorgt werden muss. Damit sorgt es für zusätzliche Umweltbelastungen und

kann nicht recycelt werden. All das in Zeiten, in denen unser Umweltbewusstsein stetig steigt.

Um diesem offensichtlichen Bürokratie-irrsinn Einhalt zu gebieten, hat die FDP-Bundestagsfraktion schon vor Weihnachten ihren Entwurf für das „Keine-Bon-Pflicht-für-Bäcker-Gesetz“ in den Bundestag eingebracht. Gemeinsam setzen wir uns für die schnellstmögliche Abschaffung der Bon-Pflicht ein. Denn neben den Belastungen für Mitarbeiter und Umwelt stellt sie auch alle Unternehmerinnen und Unternehmer unter den Generalverdacht, Steuern zu hinterziehen.

Schon heute haben es viele kleine Unternehmen vor Ort schwer, im Wettbewerb zu bestehen. Es sind dabei vor allem bürokratische Auflagen, die für viele Betriebe eine untragbare Belastung darstellen. So erfordern beispielsweise komplizierte und umfangreiche Vorschriften zur Mindestlohn- oder Hygienesokumentation nicht selten die Einstellung von zusätzlichem Personal. Umso unverständlicher ist es aus meiner Sicht deshalb, kleine und mittlere

Betriebe mit einem weiteren Bürokratiemonster unnötig zu belasten.

Auch CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier hat erkannt, dass die neue Regelung unnötig ist und seinen Koalitionskollegen, SPD-Finanzminister Scholz, dazu aufgefordert, von ihr Abstand zu nehmen. Die Freien Demokraten und ich appellieren deshalb an

**Redaktionsschluss
für die nächste
Ausgabe:
15. August 2020**

den gesunden Menschenverstand beider Koalitionsfraktionen, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen. Denn unser Mittelstand braucht Unterstützung von der Politik und nicht verzichtbare Zettelbelege.





Ausriss aus der Hannoverschen Allgemeinen (HAZ)

THEMA DES TAGES



„Die Justiz funktioniert verdammt gut“: Justizministerin Barbara Havliza.

FOTO: CHRISTIAN BEHRENS

Justiz schlägt Alarm: Es fehlen hunderte Stellen



Nachdem eine Anfrage der FDP Landtagsfraktion einen eklatanten Personalmangel in Gerichten und Staatsanwaltschaften aufgedeckt hatte, bekam eine Podiumsdiskussion des Niedersächsischen Richterbundes eine ganz besondere, auch öffentliche Aufmerksamkeit. Vor mehr als 200 Richtern und Staatsanwälten, darunter auch diverse Gerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte, bekamen die Justizministerin Barbara Havliza und der Finanzminister Reinhold Hilbers (beide CDU) massive Kritik zu hören.

Der Initiator der Anfrage, der rechtspolitische Sprecher der FDP Landtagsfraktion Dr. Marco Genthe, machte deutlich, dass die niedersachsenweit insgesamt 584 fehlenden Stellen dazu führen würden, dass die Leistungsfähigkeit der Justiz gefährdet sei. „Die Landesregierung hat die Justiz nicht im Blick“, sagte Genthe unter dem Applaus des Publikums. Beide Minister entgegneten, dass in den letzten Jahren durchaus neue Stellen geschaffen worden sind. Insbesondere die Justizministerin machte immer wieder deutlich, dass nach ihrer Meinung die Justiz „verdammt gut“ funktionieren würde. Dem widersprachen jedoch mehrere Sprecher aus dem Zuhörerraum. So berichtet der Präsident des Landgerichtes Hannover, Ralph Guise-Rübe, von außergewöhnlichen Belastungen der Strafkammern. Er warnte davor, die Leistungsbereitschaft des Gerichtspersonals auszunutzen.

Genthe forderte abschließend, die fehlenden 200 Richterstellen in einem Stufenplan abzubauen und forderte ähnliches auch für den Bereich des Justizvollzugsdienstes. Der Rechtsstaat sei eine tragende Säule der Gesellschaft und würde schlicht mehr Aufmerksamkeit verdienen.

Viele Fälle, wenig Personal: Justiz beklagt Überlastung

Es fehlt an Richtern, Staatsanwälten und Wachpersonal – doch die Zahl der Haftsachen hat sich verdoppelt. Nun muss sich die Justizministerin Kritik anhören.

Von Manuel Behrens

Die Gerichte in Niedersachsen sind überlastet: Es fehlt an Richtern, Staatsanwälten und Wachpersonal. Die Zahl der Haftsachen hat sich 2019 gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Zudem sind viele Justizgebäude in schlechtem Zustand. Die Mängelliste, die bei einer Podiumsdiskussion des Niedersächsischen Richterbundes (NRB) aufgeföhren wurde, war lang.

584 Stellen fehlen

In voller Länge zu hören bekamen sie am Montagabend Justizministerin Barbara Havliza und Finanzminister Reinhold Hilbers (beide CDU) vor mehr als 200 Richtern im Alten Rathaus von Hannover. Auslöser der Diskussion war ein Hilferuf des Präsidenten des Landgerichtes Hannover, Ralph Guise-Rübe: „Wir haben derzeit eine außergewöhnliche Belastung der Strafkammern“, sagte er kürzlich und warnte davor, die Leistungsbereitschaft des Gerichtspersonals auszunutzen. Einen zweiten Anlass bot eine kleine Anfrage im Landtag zum Zustand der Justiz, die der rechtspolitische Sprecher der FDP,

Marco Genthe, im September an die Landesregierung gestellt hatte. Aus der Antwort des Justizministeriums ergab sich, dass niedersachsenweit 584 Stellen auf allen Justizebenen fehlen.

Im Beisein von FDP-Mann Genthe sowie der beiden rechtspolitischen Sprecher Ulf Prange (SPD) und Helge Limburg (Grüne) diskutierten die beiden Landesminister über den Status quo der dritten Gewalt. „Die Justiz wird nur wahrgenommen, wenn etwas vermeintlich falsch läuft“, sagte Havliza, „aber

sie funktioniert verdammt gut.“ Dennoch gab sie zu, dass das verfügbare Personal „überobligatorisch viel“ arbeite.

Stellenschaffung dauert

Abhilfe soll eigentlich die im Koalitionsvertrag vereinbarte Bundesländer-Vereinbarung „Pakt für den Rechtsstaat“ schaffen: Die sieht eine bundesweite Aufstockung des Gerichtspersonals um insgesamt 2000 Stellen bis zum Jahr 2022 vor – in Niedersachsen sollen es 250 sein. Die Sprecher der

Nachwuchsmangel und Pensionierungswelle

Neben der Überlastung der Gerichte und deren Personals beklagen Richter und Staatsanwälte beim Niedersächsischen Richterbund (NRB) auch einen Mangel an Nachwuchs. Referendare, die gerade ihr Studium abgeschlossen haben, ziehe es eher in die freie Wirtschaft – und nicht in die Justiz. Diese Situation sei be-

sonders verheerend, weil in den nächsten zehn Jahren rund 40 Prozent des bisherigen Personals in Pension gehen, sagte Marco Genthe, der rechtspolitische Sprecher der FDP. „Diese Welle wird uns hart treffen“, sagte er.

Niedersachsens Justizministerin Barbara Havliza (CDU) plädierte

für die Arbeit im Staatsdienst: „In welchem Beruf ist man so frei in seinen Entscheidungen wie als Richter?“, fragte sie beim NRB. „Es gibt Dinge, die lassen sich mit Geld nicht bezahlen.“ Ziel müsse es sein, den Nachwuchs an Richtern und Staatsanwälten in Niedersachsen auszubilden und dort auch zu halten. *man*

Oppositionsparteien FDP und Grüne kritisierten die langsame Umsetzung: Bis jetzt wurden nur 110 dieser Stellen geschaffen. „Die Landesregierung hat die Justiz nicht im Blick“, sagte FDP-Sprecher Genthe. Personelle Aufstockungen wie bei der Polizei müssten auch an den Gerichten nachgeholt werden.

Diese Kritik ließ Finanzminister Hilbers nicht unwidersprochen: Der „Pakt für den Rechtsstaat“ sei eine Einmalzahlung des Bundes. Für die Finanzierung des Justizpersonals käme langfristig Niedersachsen auf. Für die Überlastung der Gerichte würden außerordentliche Lagen, wie der VW-Abgasskandal und die Vielzahl an Asylanträgen im Zuge der Flüchtlingskrise sorgen. „Es ist Geld für die Justiz da“, sagte der Finanzminister.

Einen Einblick in den Justizalltag gab eine Zuschauerin, die als Richterin in Aurich arbeitet: Kürzlich sei ein Angeklagter in der Verhandlung ausgerastet und musste von sechs Personen gebändigt werden. „Da musste ich nachdenken, ob ich diesen Beruf für immer machen möchte.“ Die vielen Sorgen der Richter blieben den Ministern und Politikern auf dem Podium nicht verborgen.



Hass und Hetze führen zu Gewalt in der realen Welt

Dr. Marco Genthe zu Gast in der Gemeinde der Nasir Moschee in Stuhr-Brinkum

Zu dem diesjährigen Neujahrsempfang konnte die 300 Mitglieder starke Gemeinde der Nasir Moschee in Stuhr-Brinkum viele Gäste aus der örtlichen Politik und der Gesellschaft begrüßen. Der FDP Ortsverband Stuhr war durch Alexander Carapinia-Hesse und Jürgen Timm vertreten.

Der Vorsitzende der Gemeinde Mujip Ata ging in seiner Ansprache auf das schärfer werdende gesellschaftliche Klima ein. Viele Muslime würden sogar darüber nachdenken, im Zweifel das Land zu verlassen. Mit viel Öffentlichkeitsarbeit und sozialem Engagement würde die Gemeinde versuchen, gegen zu steuern. Er sprach auch die Umstände der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen an und befürchtete, das extreme Kräfte an Einfluss gewinnen könnten. Landtagsabgeordneter Dr. Marco Genthe ging in seiner Rede darauf ein und bezeichnete die Wahl von Thomas Kemmerich als schweren Fehler. Er führte weiter aus, dass der Hass und die Hetze in der digitalen Welt am Ende auch zu Anfeindungen und Gewalt in der realen Welt führen würde. Dies zu bekämpfen bezeichnete Genthe als eine zentrale Herausforderung unserer Gesellschaft.



Die Meinungsfreiheit sei existentiell für eine Demokratie, hätte aber ihre Grenze, wenn es nur noch um Bedrohungen und Beleidigungen gehen würde. Der Abend endete mit vielen Gesprächen an einem orientalischen Buffet.

Straßenausbau-Beteiligung wird auch hier abgelehnt

Dr. Marco Genthe referierte vor 150 Gästen in Münchehagen



Auf dem Foto (v.l.n.r.): Andre Grote (FDP Buxtehude), Dr. Fritz Anheim (Moderator), Dr. Marco Genthe (MdL).

Die Interessengemeinschaft Rehburg-Loccum hatte Andre Grote und Dr. Marco Genthe nach Münchehagen eingeladen, die aus aktuellem Anlass über das Thema „Straßenausbau-Beteiligung der Bürger und Möglichkeiten der Einflussnahme“ referierten. Gut 150 Bürger nutzten die Gelegenheit, sich zu informieren. Unter Ihnen waren auch diverse örtliche Kommunalpolitiker aus allen Fraktionen.

Bevor Moderator Dr. Fritz Anhelm in das Thema einsteigen konnte, reagierte FDP-Mann Genthe auf einen Zwischenrufer, der seinen Protest über die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen Ausdruck verliehen hatte. In einem kurzen, aber eindeutigen Statement stellte Genthe klar, dass Thomas Kemmerich in Thüringen niemals die Wahl hätte

annehmen dürfen. Für Genthe sei die FDP eine Partei der Mitte und das würde jede Zusammenarbeit mit Extremisten ausschließen. Diese klaren Worte quittierte das Publikum mit einem lauten Applaus.

Anschließend stellte Genthe die rechtlichen Bedingungen hinsichtlich der Straßenausbaubeiträge dar. Er kritisierte dabei deutlich die Landesregierung, die mit der letzten Änderung des Gesetzes keine Verbesserungen für die Bürger erreicht hätte. Grote berichtete sodann, mit welchen Aktionen es in Buxtehude gelungen ist, den dortigen Rat zu bewegen, die Beitragssatzung abzuschaffen. Während der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass die Bürger auch im Bereich Rehburg und umzu diese Beiträge nicht mehr akzeptieren wollen.

Sonderurlaub für Wahlbeamte streichen

Die Causa Bovenschulte darf sich nicht wiederholen

Mit der Forderung nach einer Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes zieht die FDP-Fraktion im Landtag Niedersachsen Konsequenzen aus der Causa Bovenschulte. Der ehemalige SPD-Bürgermeister von Weyhe hatte sich vor Ablauf seiner Amtszeit für ein Mandat in der Bremer Bürgerschaft beworben, dieses auch erlangt und das Amt des Bremer Bürgermeisters angestrebt. Um dafür frei zu sein, habe er sich nicht für einen Rücktritt entschieden, um seine Pensionsansprüche nicht zu gefährden, sondern zunächst Sonderurlaub für zweieinhalb Jahre beantragt. Während dieser Zeit hätte Weyhe keinen anderen Bürgermeister



wählen können. „Eine von solch einem Fall betroffene Gemeinde oder auch ein

Landkreis sind völlig blockiert. Das kann nicht Ziel dieses Gesetzes sein, daher sollte der Anspruch auf Sonderurlaub für Wahlbeamte gestrichen werden“, fordert Genthe.

Auch die Gemeinde Weyhe habe den Eintritt dieses Falles unbedingt verhindern wollen, Bovenschulte selbst habe gleichzeitig renitent beabsichtigt, seine Versorgungsansprüche möglichst hoch zu halten. „Bovenschulte wurde schließlich wegen eines angeblich zerstörten Vertrauensverhältnisses abgewählt, das aber ganz offensichtlich nicht vorlag. Diese Ratssitzung war völlig skurril: Erst lobten die Ratsvertreter der SPD

den Bürgermeister in den Himmel, um ihn nur wenige Minuten später wegen eines Vertrauensverlustes abzuwählen. Für mich war das mindestens rechtsmissbräuchlich“, so Genthe weiter. Der Gesetzentwurf sei der Versuch zu verhindern, dass weitere Gemeinden über den Antrag eines jahrelangen Sonderurlaubs in eine ähnliche Zwangslage geraten.

Hintergrund: Die FDP-Fraktion hat heute einen Gesetzentwurf in der ersten Beratung in den Landtag eingebracht, der den §69 des Niedersächsischen Beamtengesetzes ändern sollte.



Info-Veranstaltung zum Thema Clan- und Bandenkriminalität



Auf Einladung einer Bürgerinitiative fand in Hannover-Laatzten eine sehr gut besuchte Informationsveranstaltung zum Thema Clan- und Bandenkriminalität statt. Für einen Impulsvortrag war der Bundesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter Sebastian Fiedler eingeladen.

Er schilderte anschaulich, wie weit die Straftäter bereits vernetzt und in welchen Bereichen sie tätig sind. Dabei kritisierte er auch die Politik, die viel zu spät und zu zögerlich eingegriffen hätte. Das unterstrich auch der Landtagsabgeordnete und innenpolitische Sprecher Dr. Marco Genthe.

Viele in der Politik hätten die damit verbundene Migrationsdebatte gefürchtet und hätten das Thema deshalb verschleppt. Insoweit würde aber durchaus ein Umdenken einsetzen. Allerdings wären laut Genthe weitere Gesetzesverschärfungen nicht sinnvoll.

Wesentliches entscheidender wäre, die bestehenden Gesetze auch tatsächlich umzusetzen. Wenn jedoch allein in Niedersachsen mehr als 250 Richter und Staatsanwälte fehlen würden, sei eine effektive Strafverfolgung nicht möglich. Fiedler kritisierte dabei

auch die Personalsituation bei der Polizei. Zudem müsse die Zusammenarbeit nicht nur mit dem Bundeskriminalamt, sondern auch europaweit deutlich verbessert werden. In der anschließenden Diskussion mit den gut 100 Zuhörern wurde an vielen Stellen kritisiert, dass der Rechtsstaat nicht immer konse-



quent genug durchgesetzt werden würde. Heftig kritisiert wurde ein Zuhörer, der anmerkte, dass die Volkspolizei in der ehemaligen DDR durchsetzungstärker gewesen sei. Den Boden des Grundgesetzes wollte nun keiner der Anwesenden verlassen.

Extremisten von Waffen fern halten

Aktuelles Waffenrecht mit Sportschützen diskutiert - Sportschützen und Jäger unter Generalverdacht zu stellen ist verfehlt

Der Ortsverband Emsland Nord nutzte seine Mitgliederversammlung dazu, das aktuelle Waffenrecht mit Sportschützen zu diskutieren. Passend dazu hatte der Vorsitzende Jan J. Albers die Versammlung in einem Schützenhaus in Papenburg durchgeführt.

Nachdem der Präsident des Schießvereins Ingo Hunfeld seinen Verein vorgestellt hatte, ging er auch auf die Probleme der Vereinsmitglieder mit dem Waffenrecht ein. Den aktuellen Stand in dieser Diskussion erläuterte sodann der innenpolitische Sprecher der FDP Landtagsfraktion Dr. Marco Genthe. Er ging insbesondere auf die nunmehr eingeführte Regelabfrage beim Verfassungsschutz im Rahmen der Zuverlässigkeitsprüfungen ein. Fraglos müssten Extremisten von Waffen ferngehalten werden, so Genthe. Er hielt es allerdings für verfehlt, deswegen alle Sportschützen oder Jäger unter Generalverdacht zu stellen. Aus diesem Grund setzte er sich dafür ein, dass entsprechende Abfragen nur dann durchgeführt werden, wenn Anhaltspunkte vorhanden sind, die das als notwendig erscheinen lassen.

Genthe ging zudem auf die Feuerwaffenrichtlinie der Europäischen Union und deren Umsetzung ein. Insoweit plädierte er dafür, dass beim Nachweis eines Bedürf-



nisses wertungsmäßig zwischen Erwerb und Besitz von Waffen unterschieden wird. Wer bereits jahrelang in einem Verein schießt, solle anders behandelt werden, als jemand, der erstmalig eine Waffenerlaubnis beantragt.

Zum Abschluss der Versammlung lud der Präsident des Vereins noch alle zu einem Probeschießen ein. Auch wenn die Trefferquote insgesamt übersichtlich war, gewann jeder einen guten Eindruck vom Schießsport.

Zeit für frische Ideen...



Idee
Design
Druck

digitales

Gutenbergstraße 1 · 49419 Wagenfeld
Tel. 05444 9889-0 · www.digitales.de

Lesen Sie auch online:
www.facebook.com/marcogenthe
www.instagram.com/marcogenthe



Welchen Sinn haben Vertrauenspersonen für die Polizei? Die Runde der innenpolitischen Sprecher der verschiedenen Fraktionen tagten in Düsseldorf



Die Runde der innenpolitischen Sprecher der verschiedenen Landtagsfraktionen, sowie die Sprecher der Bundestagsfraktion und aus dem europäischen Parlament, traf sich in diesem Jahr in dem Landtag von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. Die ambitionierte Tagesordnung umfasste insgesamt 25 Punkte.

Den Auftakt machte Andy Neumann vom Bundeskriminalamt. Er stellte aus polizeilicher Sicht die Argumente für und gegen eine Vorratsdatenspeicherung vor. Weitere Themen waren unter anderem die Verfassungsschutzgesetzesnovellen, Fragen des Föderalismus und die Polizeigesetze der einzelnen Länder.

Dr. Marco Genthe hatte insbesondere drei Punkte aus Niedersachsen auf die Tagesordnung setzen lassen. So wurde unter anderem diskutiert, welchen Sinn Vertrauenspersonen für die Polizei haben

können. Solche Personen sind in verschiedenen Ländern, in verschiedenen Ausgestaltungen, eingesetzt. Zumeist sind sie aber eher eine Beschwerdestelle gegen Aktivitäten der Polizei. Weitere Themen aus Niedersachsen waren die Migrationspolitik und die Organisationsstrukturen der Polizei bei der Bekämpfung von Cybercrime. Insbesondere bei diesem Thema wurde deutlich, dass in allen Bundesländern erheblicher Nachholbedarf besteht. Im Gegensatz zu Niedersachsen, wo bestehende Strukturen gerade aufgelöst worden sind, befinden sich in anderen Bundesländern spezielle Teams im Aufbau.

Die Teilnehmer verabredeten, die verschiedenen Konzepte auszutauschen und dann in den Ländern parlamentarisch zu begleiten.

Eine Flasche Wein zum Dank!



Niedersachsen ist nicht ausreichend auf Katastrophenlagen vorbereitet

Der innenpolitische Sprecher Dr. Marco Genthe mit einer Anfrage

Eine Anfrage der FDP zur Ausstattung des Katastrophenschutzes in Niedersachsen deckte erhebliche Defizite auf und führte zu einer großen medialen Aufmerksamkeit. Der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Marco Genthe sagte dazu:

„Niedersachsen ist nicht ausreichend auf mögliche Katastrophenlagen vorbereitet. Die Landesregierung zeigt hier deutlich zu wenig Einsatz. Ich war erschrocken über die Antwort auf unsere Anfrage zum Digitalfunk der Sicherheitsbehörden. Dass zwei Drittel aller Sender nicht mit Notstromaggregaten ausgestattet sind und somit im Katastrophenfall die Kommunikation zwischen den Einsatzkräften ausfallen könnte, ist hochgradig gefährlich und nicht hinnehmbar. Außerdem fehlen nach wie vor rund 150 Fahrzeuge für den Katastrophenschutz. Die 12 kürzlich übergebenen sind zwar sehr be-

grüßenswert, decken den Bedarf jedoch bei Weitem nicht. Hier hätte die Landesregierung in Berlin längst mehr

Tempo einfordern oder aber selbst aktiv werden und eigene Fahrzeuge anschaffen müssen.“



Mit einer Flasche Wein bedankte sich Oliver Mageney, als Vorsitzender des Verbandes der Niedersächsischen Strafvollzugsbediensteten (VNSB), auf einer Klausurtagung bei Dr. Marco Genthe für die Zusammenarbeit. Im Strafvollzug fehlen gut 200 Stellen. Das räumt inzwischen auch das Justizministerium ein. Unter diesen Umständen muss sich das Personal hauptsächlich auf die Sicherheitsaspekte in den Anstalten konzentrieren und die wichtige Arbeit an der Resozialisierung findet immer weniger statt, so Mageney. Damit steigt die Gefahr, dass Straftäter nach der Entlassung in alte Verhaltensmuster zurückfallen. Genthe hatte bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfes der FDP Landtagsfraktion genau auf diesen Punkt hingewiesen und einen Abbau des Personaldefizites gefordert. Es sei im gesellschaftlichen Interesse, dass aus Tätern keine Wiederholungstäter werden, so Genthe.

**Redaktionsschluss
für die nächste
Ausgabe:
15. August 2020**



Mafia-Pate in der MHH?

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung durch die FDP-Landtagsabgeordneten Dr. Marco Genthe, Susanne Victoria Schütz, Sylvia Bruns und Jörg Bode



Anfrage der Abgeordneten Dr. Marco Genthe, Susanne Victoria Schütz, Sylvia Bruns und Jörg Bode (FDP) an die Landesregierung. Am 13.02.2020 berichteten erstmalig die Bild-Zeitung und die HAZ, dass die derzeitige Behandlung eines hochrangigen Mafia-Mitgliedes namens Igor K. aus Montenegro in der MHH intensive Sicherheitsvorkehrungen durch die niedersächsische Polizei nötig machen.

Die Sicherheitsvorkehrungen, unter anderem durch das SEK, seien nötig, da die Behörden mit einem Anschlag auf den Mafia-Boss rechnen müssten (HAZ, 14.02.2020). Das massive Aufgebot an uniformierten Beamten sei erst am Donnerstagmorgen hinzugezogen worden, weil der Einsatz zuvor immer mehr Aufmerksamkeit erregt habe. Innenminister Pistorius sagte in der HAZ am 14.02.2020, dass dies einer der Fälle sei, die man sich nicht aussuchen würde und auf die man keinen Einfluss hätte. Nach HAZ-Informationen sei die Einreise unter strenger Geheimhaltung bereits vor einigen Tagen erfolgt.

Der umfangreiche Polizeieinsatz müsse der Steuerzahler tragen (BILD, 14.02.2020).

1. Wann ist Igor K. wo in Deutschland eingereist?
2. Was wurde bei seiner Einreise als Einreisegrund angegeben?
3. Gibt es Einreisebestimmungen bzw. Rechtsvorschriften, nach denen man einer Person die Einreise verweigern kann? Wenn ja, welche?
4. Wurden diese bei der Einreise von Igor K. durch wen genau geprüft? Wenn ja, was sprach gegen ein Einreiseverbot?

5. Lläuft gegen Igor K. derzeit ein Haftbefehl? Wenn ja, in welchem Land? Besteht ein internationaler Haftbefehl?

6. Seit wann wusste die MHH, dass Igor K. zur Behandlung in das Klinikum kommen wird?

7. Seit wann wusste die MHH, wer Igor K. ist?

8. Wer hat in der MHH entschieden, dass Igor K. behandelt wird?

9. Wann wusste die MHH über das Krankheitsbild (Schusswunden) des Patienten Bescheid?

10. Sind Schusswunden meldepflichtig? Wenn ja, wurde es gemeldet? Wenn ja, wann?

11. Wann informierte die MHH die Sicherheitsbehörden über die Behandlung des betreffenden Patienten?

12. Gab es eine Gefährdungsanalyse hinsichtlich der Gefährdung des Patienten und der Gefährdung des Klinikpersonals, unbeteiligter Patienten und Besuchern? Wenn ja, wann wurde diese vorgenommen und mit welchem Ergebnis?

13. Gab es eine Kommunikation zu weiteren Sicherheitsbehörden national und international? Wenn ja, welche?

14. Wer hat aus welchen Gründen bzw. aufgrund welcher Anhaltspunkte über die konkreten Sicherungsmaßnahmen zu welchem Zeitpunkt entschieden?

15. Wurde Igor K. von weiteren Personen begleitet? Wenn ja, wie viele und in welcher Beziehung (Familienangehörige, Sicherheitskräfte, Ärzte) stehen sie zu Igor K.?

16. Wurden Waffen oder andere illegale Gegenstände bei seinen Begleitern sichergestellt?

Der Sport darf gesellschaftlich nicht unterschätzt werden



Am Rande der Haushaltsberatungen im Niedersächsischen Landtag ging es in einem Radiointerview um einen vergleichsweise kleinen, aber für viele Menschen wichtigen Bereich: Die Sportförderung. Während die Landesregierung die kommunalen Sportstätten deutlich bevorzugt, hat die FDP-Fraktion mit einem entsprechenden Antrag auch die vereinseigenen Sportstätten stärker in den Blick genommen.

Der innenpolitische Sprecher Dr. Marco Genthe erklärte, dass auch bei den Vereinen ein deutlicher Sanierungsstau bestehen würde und insoweit sicher dieselbe Unterstützung notwendig wäre, wie bei den Kommunen. Der Sport sei mit seiner integrativen Wirkung gesellschaftlich nicht zu unterschätzen und bedarf daher auch der politischen Aufmerksamkeit, so Genthe.

17. Besteht gegen eine der Begleitpersonen ein Haftbefehl?

18. Wie viel kostet die Behandlung von Igor K. und wer trägt die Kosten?

19. Sollte der Patient die Kosten selbst tragen, wird geprüft, ob das Geld aus kriminellen Geschäften stammt?

20. Kann die MHH bei der Begleichung der Rechnung den Sachverhalt der Geldwäsche ausschließen?

21. Wie viele Polizeibeamte sind im Zuge des Aufenthalts von Igor K. im Einsatz? Und wie viele Arbeitsstunden fallen durch den Einsatz an?

22. Wie hoch sind die Kosten des Polizeieinsatzes?

23. Wer trägt die Kosten des Polizeieinsatzes?

24. Wie lange wird Igor K. noch in der MHH bleiben?

25. Wie lange wird der Polizeieinsatz andauern?

26. Wird Igor K. nach dem Aufenthalt in der MHH Deutschland verlassen? Wenn nein, warum nicht?

27. Gibt es durch die Sicherungsmaßnahmen Auswirkungen auf den Klinikbetrieb, Einschränkungen für Personal und Patienten und Einschränkungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb? Wenn ja, welche?



Lesen Sie auch online:

www.facebook.com/marcogenthe

www.instagram.com/marcogenthe



Fall Igor K.

Susanne Schütz/Marco Genthe: Chaos und Handlungsunfähigkeit der Landesregierung müssen aufgearbeitet werden - Tecklenburg ist lediglich ein Bauernopfer

Die FDP-Landtagsabgeordneten Susanne Schütz und Marco Genthe zeigen sich enttäuscht über die Ergebnisse der heutigen Ausschusssitzung zum Themenkomplex Igor K. „Innerhalb der MHH und auch in der Kommunikation der MHH in Richtung der Ministerien sind offensichtlich eklatante Fehler und Versäumnisse geschehen. Dies nun aber ganz alleine der MHH selbst anzulasten, greift zu kurz. Sie ist ein Landesbetrieb, also hat das Wissenschaftsministerium die Fachaufsicht. Wenn es die ernst genommen hätte, hätte es schon viel früher zu einem Eingreifen und dem Installieren funktionierender Strukturen kommen müssen. Die Entlassung des Vizepräsidenten Tecklenburg ist daher ein Bauernopfer, um zu verhindern, dass die Verantwortung das Ministerium erreicht“, so die FDP-Wissenschaftspolitikerin Susanne Schütz.

Auch für den innen- und rechtspolitischen Sprecher der Fraktion, Marco Genthe, sind noch einige Fragen offen-

geblieben. „Nach wie vor sind viele Vorgänge eher nebulös. Was aber mehr als klar geworden ist, ist die katastrophal schlechte Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Ministerien. Es gab keinen Plan und kein abgestimmtes Verhalten, man hat irgendwann nur noch auf die sich überschlagenden Ereignisse reagiert. Die Landesregierung war zeitweise nicht handlungsfähig und von den Ereignissen getrieben. Das ist kein Bild, das eine Landesregierung abgeben sollte“, so Genthe. Um die noch vorhandenen Ungereimtheiten aufzuklären, habe die FDP-Fraktion eine umfassende Akten-einsicht zu dem gesamten Fall beantragt.

Hintergrund: In der heutigen gemeinsamen Sondersitzung der Ausschüsse für Wissenschaft und Innenpolitik fand eine Unterrichtung zum Aufenthalt von Igor K. in der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) statt.



Aus aktuellem Anlass im Fall „Igor K.“ zeigten auch die Medien großes Interesse und interviewten dazu Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner.



Mehr Geld in den Bereichen Innen und Recht investieren

Polizeipolitische Themen standen im Vordergrund der Podiumsdiskussion der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Leese bei Nienburg. Geladen waren die Innenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen. Die Gewerkschaft macht sich insbesondere auch Sorgen über das Ansehen der Polizei in der Gesellschaft. Außerdem wurde mit verschiedenen Beispielen die Ausstattung und die Arbeitsbelastung kritisiert. Dr. Marco Genthe wiederholte die Forderung der FDP Landtagsfraktion, angesichts von 1,5 Millionen Überstunden bei der niedersächsischen Polizei auch in diesem Jahr zusätzliche Anwärter einzustellen. Außerdem forderte er, insgesamt deutlich mehr Geld in den Bereichen Innen und Recht zu investieren. Das sei auch eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit. Nach einer kurzfristigen Absage der Vertreterin der Grünen war Genthe der einzige anwesende

Oppositionsvertreter. Die Mitglieder der Großen Koalition bemühten sich, verschiedene Verbesserungen einerseits als Erfolge darzustellen, aber gleichzeitig einzuräumen, dass noch viele weitere Schritte folgen müssten.



Zur aktuellen Situation um den mutmaßlichen Mafiaboss in einem Klinikum in Hannover gaben Dr. Stefan Birkner und Dr. Marco Genthe eine Pressekonferenz, an der diverse Medienvertreter teilgenommen haben. Birkner zeigte sich erschüttert, wie eine solche Situation so eklatant offen legen würde, dass

die Zusammenarbeit der Ministerien der Landesregierung ganz offensichtlich nicht funktionieren würde. Genthe forderte in diesem Zusammenhang, dass sich nicht nur der Innenminister, sondern auch die Justizministerin jetzt den Fragen der Abgeordneten in einer Sondersitzung stellen müsse.

Erfolg braucht starke Partner.

gutenbergstraße 1
49419 wagenfeld
telefon 05444 9889-0
telefax 05444 9889-50
info@digitales.de

digitales
gesellschaft für print- und infomedien mbh



Lippenbekenntnisse reichen nicht aus

Marco Genthe: Landesregierung muss bei Justiz und Vollzug endlich handeln



Für den rechtspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Marco Genthe, sind die von der Landesregierung angekündigten Maßnahmen zur Erweiterung der Kapazitäten an Haftplätzen in keiner Weise ausreichend. „Der Mangel an Haftplätzen kommt nicht überraschend, er ist der Landesregierung seit Monaten bekannt. Es fehlen nicht nur 180 Vollzugsbeamte, sondern auch 80 bis 120 Haftplätze. Die nunmehr von der Landesregierung angekündigten 1,5 Mio. Euro zum Bau von 20 Haftplätzen sind angesichts dieser Zahlen nicht mal ein Tropfen auf den heißen Stein“, so Genthe. Dabei sei ein funktionierender Vollzug nicht nur eine wesentliche Säule des Rechtsstaates, sondern auch entscheidend für die öffentliche Sicherheit. „Der Vollzug hat dafür zu sorgen, dass

aus Tätern keine Wiederholungstäter werden. Das ist nur zu erreichen, wenn die Vollzugsbediensteten ausreichend an der Resozialisierung arbeiten können. Dabei geht es nicht um irgendwelchen Luxus für Straftäter, sondern um einen wichtigen Pfeiler der inneren Sicherheit. Deshalb fordern wir seit langem, das Budget des Justizministeriums deutlich zu erhöhen. Lippenbekenntnisse in Aktuellen Stunden des Landtages in Richtung der Justiz und des Vollzuges reichen schon lange nicht mehr aus. Diese Landesregierung muss endlich handeln“, fordert Genthe.

Hintergrund: Im Rahmen der Aktuellen Stunde der CDU-Fraktion debattierte der Niedersächsische Landtag heute über die Haftplatzkapazitäten in Niedersachsen.

Großeinsatz an der MHH nicht aus Steuermitteln bezahlen

Marco Genthe: Geldwäsche bei Bezahlung der Behandlungskosten muss ausgeschlossen werden

Nachdem immer neue Details über die Behandlung des Mafiemitglieds Igor K. in der MHH Hannover und den daraus resultierenden Großeinsatz bekannt werden, fordert der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Marco Genthe, keine Steuermittel für die Sicherungsmaßnahmen heranzuziehen. „Es kann nicht sein, dass die Allgemeinheit solch einen Einsatz zahlen muss. Die Landesregierung muss alles tun, um die entstandenen Kosten von den Verursachern zurückzuholen“, fordert Genthe. Dabei müsse allerdings sichergestellt sein, dass es zu keiner Geldwäsche komme und dass keine Gelder aus illegalen Geschäften fließen. Neben den erheblichen Kosten sei jedoch auch die gesamte Situation weder für die Patienten und deren Angehörige noch für die Mitarbeiter der Klinik zumutbar. Gleiches gelte für die Polizei, die diese zusätzliche Belastung trotz angespannter Personalsituation stemmen müsse. „Wir möchten genau wissen, wie



es überhaupt zu dieser Situation kommen konnte und haben eine umfangreiche Anfrage an die Landesregierung gestellt“, erklärt Genthe.

Hintergrund: Die FDP-Fraktion möchte mit einer Anfrage Antworten zu den Hintergründen des MHH-Aufenthaltes von Igor K. und verlangt, dass die Kosten für den Großeinsatz der Polizei nicht aus Steuermitteln bezahlt werden.

Podiumsdiskussion beim DGB



Das Foto zeigt Anja Piel (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) bei der Podiumsdiskussion zusammen mit Dr. Genthe.

Der DGB hatte zu einer Podiumsdiskussion die Fraktionsvorsitzenden der Parteien und die Landesvorsitzenden der Einzelgewerkschaften nach Hannover eingeladen. Dabei stellten die Organisatoren die Frage in den Raum, was für eine positive Halbjahresbilanz der Landesregierung in Niedersachsen noch fehlen würde.

Gut 70 Gewerkschaftler verfolgten die Diskussion. Während die Vorsitzenden von SPD und CDU die Erfolge der Landesregierung in den Vordergrund stellten, kam von Seiten der Gewerkschaften doch deutliche Kritik. Für die FDP Landtags-

fraktion forderte Dr. Marco Genthe mehr Wertschätzung für die Beamten und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst ein. Am Beispiel der Besoldung, der Arbeitsbelastung, insbesondere der Polizei und am Investitionsbedarf bei vielen öffentlichen Gebäuden verdeutlichte er, dass der öffentliche Dienst in Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern immer unattraktiver werden würde. Das Ergebnis sei ein Nachwuchsmangel im Bereich der Lehrerschaft, bei der Polizei, aber auch in allen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes.



digitales
gesellschaft für print- und infomedia mbh

gutenbergstraße 1
49419 wagenfeld
telefon 05444 9889-0
telefax 05444 9889-50
info@digitales.de
www.digitales.de

ZEIT FÜR FRISCHE IDEEN ...

IDEE DESIGN DRUCK



Jens Beeck als Vorsitzender wiedergewählt Heike Hannker aus unseren Kreisverband neue stellvertretende Vorsitzende

Bezirksvorsitzender Jens Beeck konnte, neben einigen Gästen, insgesamt 45 stimmberechtigte Mitglieder auf dem diesjährigen Bezirksparteitag im Hotel Roshop in Barnstorf begrüßen. Im Vordergrund standen die Neuwahlen des Vorstandes sowie die Vorbereitung auf den kommenden Landesparteitag. Die Wahlen wurden von Hans-Werner Schwarz, der selber nicht mehr antrat, gewohnt souverän und zügig geleitet. Jens Beeck wurde einstimmig als Vorsitzender bestätigt. Seine Stellvertreter sind nunmehr Matthias Seestern-Pauly (45 Stimmen), Moritz Gallenkamp (42 Stimmen), Thomas Brüninghoff (45 Stimmen) und Heike Hannker (44 Stimmen). Als Schatzmeister wurde Dr. Marco Genthe einstimmig bestätigt. Die drei Beisitzer Wiebke Plascher, Hinrich Geelvink und Marion Terhalle wurden ebenfalls einstimmig gewählt. Als Kandidaten für den erweiterten Landesvorstand wird

der Verband Matthias Seestern-Pauly, Thomas Brüninghoff, Dr. Marco Genthe und Brigitte Gantke vorgeschlagen. Abschließend legte die Versammlung fest, mit welcher Strategie der Verband in die Diskussion um die Wahlen des Landesvorstandes eintreten möchte. Die politische Lage nach den Vorfällen im Thüringer Landtag wurde nur kurz angesprochen. Der Fokus stand deutlich auf der innerparteilichen Aufstellung und dem Blick nach vorne.



Zu wenig Lehrer - die Kunst der Planung

Drei Funktionsträger erläutern die aktuelle Unterrichtsversorgung und ihre Auswirkungen - Auch Dr. Marco Genthe bezieht Stellung

Der FDP-Landtagsabgeordnete Marco Genthe bezeichnet sie als „trauriges Schlusslicht“ im Landkreis Diepholz: Mit einer Unterrichtsversorgung von 89 Prozent muss die Oberschule Schwaförden auskommen. Die Oberschulen in Sulingen und Lemförde liegen einer landesweiten FDP-Erhebung nur um zwei Prozentpunkte besser, also bei 91 Prozent (wir berichteten bereits kurz). Drei Funktionsträger geben Antworten zur aktuellen Situation.

Hat sich die Situation mittlerweile verbessert?

Als Pressesprecherin der Landesschulbehörde betont Bianca Schöneich: Bei den von der FDP genannten Zahlen handele es sich um interne Planungsdaten, die sogenannten Bezugswerte für die Personalplanung: „Sie werden uns von den Schulen gemeldet: Wie sieht es aus? Wo sind Abordnungen noch erforderlich?“ Stichtag sei der 1. August gewesen, aber die Bezugswerte könnten sich stündlich ändern: „Sie sind eine Momentaufnahme. Das ist nicht die Unterrichtsversorgung.“

Die Daten zur Unterrichtsversorgung würden einmal pro Jahr - nach Schuljahresbeginn - erhoben, so Bianca Schöneich. Diese Werte würden dann vom Kultusministerium veröffentlicht.

Wie sieht die Unterrichtsversorgung aktuell an der Oberschule Schwaförden, dem „Schlusslicht“ im Landkreis, aus - und was bedeutet sie in der Praxis?

Auf Anfrage dieser Zeitung erläutert Schulleiter Hans-Jürgen Schumacher die Situation an seiner Schule. Laut September-Statistik liege die Unterrichtsversorgung bei 88,9 Prozent. Das bedeute: „Wir brauchen 673 Lehrerstunden und wir haben 598.“ Umgerechnet würden drei Lehrerstellen fehlen. „Man muss schon kreativ sein als jemand, der den Unterricht plant.“ Langjährige Erfahrung sei dabei hilfreich. „Es bleibt trotzdem noch Spielräume“, stellt der Schulleiter fest. „Weniger kann aber auch mehr sein, wenn die Zeit gut genutzt wird.“ Zurzeit hätten die beiden fünften Klassen der Oberschule je drei Unterrichtsstunden weniger, die drei sechsten Klassen je eine

weniger und die drei siebten vollen Unterricht. In zwei achten

Klassen fehle je eine Stunde, die dritte habe vollen Unterricht - ebenso wie die drei neunten Klassen voll unterrichtet werden könnten. In der Hauptschulklasse des zehnten Jahrgangs würden zwei Stunden fehlen, in den beiden Realschulklassen jeweils eine: „Wir kriegen es irgendwie hin. Man muss kreativ sein.“ Die Landesschulbehörde habe ja bereits reagiert und zwei Stellen ausgeschrieben. Doch nur eine habe mit viel Glück besetzt werden können. Über ein Internetportal sei eine Quereinsteigerin, eine promovierte Biologin, gewonnen worden: „Sie hat viel Spaß am Unterricht.“

Aktuell seien - zum 1. Februar - erneut zwei Stellen ausgeschrieben. „Aber der Markt gibt nicht so viel her“, weiß Hans-Jürgen Schumacher, „die Lehrer, die es gibt, möchten nicht gern aufs Land.“ An seiner Schule würden Lehrkräfte täglich aus Oldenburg und Bremen anreisen. Er

habe, so der Schulleiter, gute und engagierte Lehrkräfte, die helfen würden, mit der Situation zu leben: „Da habe ich Glück mit meinem Kollegium.“ Wenn aber Lehrkräfte durch Krankheit oder Fortbildung ausfallen würden, „dann wird es dramatisch“.

Wie bewerten die Liberalen die jetzige Situation?

Der FDP-Landtagsabgeordnete Marco Genthe sieht nach wie vor dringenden Handlungsbedarf: „Von einer Verbesserung der Situation an den Schulen kann weiterhin keine Rede sein. Höhere Schülerzahlen und zahlreiche Zusatzaufgaben für die Lehrkräfte haben den Bedarf an Lehrerstunden insgesamt deutlich erhöht. Das Defizit ist daher trotz Neueinstellungen weiter gestiegen. Faktisch fehlen aktuell rund 550 Vollzeitlehrereinheiten niedersachsenweit.“ sdl

Aus der Kreiszeitung
- von Anke Seidel -

Weiterentwicklung des Wildblumenförderprogramms

Ein Antrag der FDP-Kreistagsfraktion an Cord Bockhop, den Landrat des Landkreises Diepholz

Der Kreistag hat am 30.9.2019 die Entwicklung eines Wildblumenförderprogramms beschlossen mit dem Ziel, eine möglichst hohe landschaftsökologische Aufwertung zu erreichen.

Die Einbeziehung landwirtschaftlich genutzter Flächen ist im Baustein 4 zwar als Option vorgesehen; eine Umsetzung ist aber zunächst nicht geplant.

Die FDP-Fraktion mit Rolf Husmann an der Spitze hält in Zusammenhang mit der Ausarbeitung durch Mattis Langhorst die Förderung dieser Umweltmaßnahmen auch für die Landwirtschaft in der ersten Phase der Realisierung für wichtig.

Begründung/Rahmenbedingungen/Umsetzung

1. Sinnvolle Ergänzung

Mit der Förderung der Anlage von Blühstreifen bzw. Blühflächen auf Ackerland wird das beschlossene Programm sinnvoll ergänzt, die Flächenreichweite und

damit die Wirksamkeit der landschaftsökologischen Aufwertung deutlich erhöht.

2. Förderprogramme des Landes Niedersachsen

Die in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen werden vom Land Niedersachsen durch verschiedene Programme gefördert. Einzelheiten sind in den „Besonderen Förderbedingungen BS 1 (Anlage von einjährigen Blühstreifen auf Ackerland) und BS 12 (Anlage von strukturreichen Blühstreifen)“ geregelt. Der Fördersatz ist auf maximal 975 EUR pro Jahr und ha festgesetzt.

3. Förderprogramme des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Richtlinien zur Förderung von Agrarumweltmaßnahmen - Runderlass des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt pp. sehen u.a. folgende Förderungen für Maßnahmen auf Ackerland vor: Ziffer 10 D: Die Höhe der jährlichen Zu-

wendung beträgt je Hektar Blüh- und Schonstreifen oder Blüh- und Schonflächen 1200 EUR.

4. Vergleich der Landesprogramme

Es werden nahezu identische Förderprogramme mit deutlich unterschiedlichen Beträgen gefördert. Landwirte in NRW erhalten pro Hektar im Jahr 225 EUR mehr als ihre niedersächsischen Kollegen.

Diese höhere Entschädigung ist auch gerechtfertigt. Der Maximalsatz in Niedersachsen in Höhe von 975 EUR/ha jährlich reicht nicht aus, um die Opportunitätskosten der Landwirte beim Verzicht auf Ackerbau zu decken.

5. Sonderregelungen für Landwirte im Landkreis Diepholz

Die FDP-Kreistagsfraktion möchte erreichen, dass Landwirte im Landkreis Diepholz die Landesprogramme finanziell auskömmlich in Anspruch nehmen können.



Deshalb beantragen wir Folgendes:

Die Anlage von Blühstreifen bzw. Blühflächen auf Ackerland wird im Rahmen des Wildblumenprogramms gefördert.

a) Die Förderung der Anlage von Blühstreifen bzw. Blühflächen auf Ackerflächen aufgrund der Landesregelungen fördert der Landkreis Diepholz zusätzlich mit 225 EUR pro Hektar jährlich.

b) Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die organisatorischen-, rechtlichen- und finanziellen Voraussetzungen für die Umsetzung dieses Antrages vorzubereiten.

Informationen aus dem BUEZ in Barnstorf erhalten

Die FDP-Kreistagsfraktion traf sich mit Vertretern des Ortsverbandes

Vertreter vom Ortsvorstand und der FDP Samtgemeinderatsfraktion trafen sich mit der FDP-Kreistagsfraktion im Barnstorfer Umwelt und Erlebniszentrum (BUEZ). Mit dabei waren Fleckensbürgermeisterin Elke Oehlmann, und der allgemeine Vertreter des Samtgemeindebürgermeisters, Detlef Moss.

Dr. Oliver Nixdorf erläuterte die aktuelle Situation, die sich durch Auslaufen der Windkraftverträge finanziell verschärfen wird. Gemeinsam soll versucht werden Lösungen zu erarbeiten, das BUEZ, gerade auch für die Umweltbildung zu erhalten. Denn diese Bildungseinrichtung müsste auch dem Landkreis etwas

wert sein. Auch wäre eine Schließung in Zeiten intensiver Klimadebatten ein falsches Zeichen. Und deshalb braucht das BUEZ ein langfristiges Finanzierungskonzept, das sich aus mehreren Komponenten zusammensetzt. Neben dem Repowering der Windkraftanlagen sind eine Ausweitung der

Bildungsangebote - Stichwort Grüne Klassenzimmer - und Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen anzustreben. Gefragt sind auch Ideen, um Fördermöglichkeiten auf Kreis-, Landes- und Bundes- sowie Europaebene zu erschließen. Die FDP-Samtgemeindefraktion und die Kreistagsfraktionen werden sich dafür einsetzen.

Lesen Sie auch Online unter:
www.fdp-diepholz.de



Klinikum Vechta/Lohne nimmt Formen an

Ein Ausschnitt aus der Oldenburgischen Volkszeitung vom 22. Februar 2020



So könnte es aussehen, das Zentralklinikum Vechta/Lohne. Im Rahmen der aktuellen Gebäudeplanungen hat das beauftragte Architekturbüro erste Skizzen des Eingangsbereichs des angedachten 450-Betten-Hospitals gezeichnet. Foto: Architekten t+p, Braunschweig

Klinikum Vechta/Lohne nimmt Formen an

Euthymia-Stiftung treibt Vorarbeiten mit Hochdruck voran, um im Juni in Hannover Förderzusage zu erhalten

Auf einem guten Weg sei die Klärung des Standorts, sagt Vorstandschef Ulrich Pelster. Er spricht von vier alternativen Flächen. Drei sollen nach Information dieser Zeitung im Vechtaer Bereich der Bundesstraße 69 liegen, eine auf Lohner Gebiet.

VON ULRICH SUFFNER

Vechta/Lohne. Ordentlich Tempo macht derzeit die katholische Schwester-Euthymia-Stiftung in Vechta bei der Planung des neuen Zentralklinikums. Im Juni soll der Krankenhaus-Planungsausschuss des Landes Niedersachsen, in dem auch die Krankenkassen vertreten sind, einen Förderantrag über 220 Millionen Euro positiv bescheiden.

Bis dahin will Vorstandschef Ulrich Pelster aus Dinklage die Planungen für die Zusammenlegung der bisherigen Hospitäler St. Franziskus in Lohne und St. Marien in Vechta möglichst weit vorantreiben. Denn: Je konkreter der Planungsstand und je entschlossener der Träger, umso wahrscheinlicher ist ein positiver Echo aus Hannover.

Auf Anfrage dieser Zeitung sagte Pelster gestern, ein Fachbüro habe inzwischen das Raum- und Funktionsprogramm für ein Zentralklinikum mit 450 Planbetten entwickelt. Grundlage dieser für Architekten wichtigen Berechnungen seien die bisherigen Leistungsangebote der Krankenhäuser in Vechta und Lohne gewesen. Alle diese medizinischen Angebote würden auch im neuen Großkrankenhaus angeboten. Derzeit erfolge bereits die konkrete Gebäudeplanung.

Krankenhaus wird so geplant, dass weiterer Ausbau möglich ist

Nach den Worten von Pelster werde das Klinikum neben medizinischen Einrichtungen wie Operationssälen, Intensivstationen oder Patientenzimmern auch eine Großküche erhalten. Im Rahmen der nun konkreteren Planungen hat das beauftragte Architekturbüro t+p in Braunschweig auch erste beispielhafte Ansichten des Gebäudekomplexes entwickelt.

In diesem Zusammenhang teilte Pelster mit, dass auf Anraten von Experten aus Hannover

die erst jüngst für zehn Millionen Euro erweiterte Kinderklinik nun doch ebenfalls aus dem Zentrum Vechtas an den neuen Standort umziehen soll. Daher sei die im Förderantrag zunächst genannte Zahl von 400 Betten um 50 erhöht worden.

Ebenfalls auf einem guten Weg sei die Standort- und Grundstücksfrage, erläuterte Pelster. Derzeit gibt es demnach vier Alternativen, „die grundsätzlich alle gut geeignet sind“. Nach Informationen dieser Zeitung sollen sich drei Flächen im Vechtaer Bereich der Bundesstraße 69 und eine auf Lohner Gebiet befinden.

Vorab seien Patientenwege und Einzugsgebiete in einem Gutachten analysiert worden, teilte Pelster weiter mit. Alle in Frage kommenden Grundstücke erfüllten notwendige Kriterien wie eine schnelle Erreichbarkeit für Beschäftigte und Patienten. In allen vier Fällen seien die Grundstücke auch so groß, dass zukünftig ein weiterer Ausbau des Gesundheitszentrums möglich sein werde. Das Klinikum werde mit einer „Ausbaureserve“ geplant.

Die bisherigen Standortkommunen Vechta und Lohne seien an der Standortsuche und den

aktuellen Grundstücksverhandlungen beteiligt. Verhandelt wird nach Informationen dieser Zeitung sowohl mit der katholischen Kirche als auch Kommunen und Landwirten. Pelster sagt: „Wir sind sicher, dass wir in absehbarer Zeit einen konkreten Vorschlag für ein Grundstück machen können.“ Man sei „sehr gut im Zeitplan“.

Die seit längerem kooperierenden Krankenhäuser in Vechta und Lohne hatten im vergangenen Jahr den Neubau beantragt. Das beantragte Fördervolumen liegt bei 220 Millionen Euro. Pelster bezeichnete die zugrunde liegende Kostenplanung weiterhin als „realistisch“. Allerdings seien die Kosten für den Grunderwerb in dieser Summe nicht berücksichtigt.

Bei der Landesregierung hat neben weiteren Antragstellern auch der Landkreis Diepholz einen Förderantrag für die Zusammenlegung der Krankenhäuser in Diepholz, Bassum und Sulingen gestellt. In diesem Zusammenhang hört man aus Han-

nover immer wieder auch die Vorstellung, dass Patienten aus dem Raum Diepholz künftig sinnvollerweise vom Klinikum Vechta/Lohne mitversorgt werden könnten. Pelster wollte sich zu solchen Spekulationen gestern nicht äußern.

Im Januar hatte sich die zuständige Sozialministerin Carola Reimann (SPD) in dieser Zeitung positiv zum Projekt im Landkreis Vechta geäußert: Die Landesregierung begrüße die Planungen der Schwester-Euthymia-Stiftung. „Gemeinsam mit dem Elisabeth-Krankenhaus in Damme wäre damit langfristig eine qualitativ hochwertige und moderne Krankenhausversorgung im Landkreis Vechta sowie den angrenzenden Regionen sichergestellt“, sagte Reimann damals.

Pelster kündigte an, dass die Schwester-Euthymia-Stiftung in den kommenden Wochen Entscheidungsträger aus dem Landkreis Vechta zu einer Exkursion zum neuen Klinikum Schaumburg einladen werde. In Schaumburg wurden drei Kliniken innerhalb von vier Jahren in einem neuen Zentrum zusammengeführt, das heute ebenfalls über eine Zahl von knapp 400 Betten verfügt.

Haushaltsplan 2020

Rede vom Fraktionsvorsitzenden Rolf Husmann zur Beratung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2020

Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Daten für den Haushaltsplan 2020 und für die Jahre danach signalisieren eine Trendwende in der Haushaltspolitik des Landkreises.

In den letzten Jahren haben wir kräftig in Bildung und Infrastruktur investiert, die sozialen Systeme erweitert, das Personal in der Verwaltung verstärkt, unsere Krankenhäuser unterstützt. Trotz dieser extrem hohen Aufwendungen gelang es, deutlich Schulden abzubauen. Für die nächsten Jahre gelten Rahmenbedingungen, die wir lange Jahre nicht kannten:

1. Der Ergebnishaushalt 2020 ist noch ausgeglichen. Die Haushalte der mittelfristigen Finanzplanung bis 2023 dann allerdings nicht mehr.
2. Die Finanzierung der investiven Maß-

nahmen der Jahre 2020 bis 2023 wird nicht mehr ohne Neuverschuldung möglich sein.

3. Die Leitziele des Landkreises zur Haushaltspolitik können nicht mehr eingehalten werden.

Meine Damen und Herren, es besteht Handlungsbedarf!

Deshalb hat die FDP-Kreistagsfraktion beantragt, alle Leitziele aus dem Jahre 2012 an die aktuellen gesellschafts- und finanzpolitischen Entwicklungen anzupassen. Dadurch soll der Rahmen für künftige Haushaltsplanberatungen neu gefasst werden. Bei steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen wird auch notwendig sein, Prioritäten zu setzen. Trotz dieser ungünstigen Indikatoren für künftige Haushalte gelingt es mit dem Haushalt für das Jahr 2020, die erfolgreiche Politik der letzten Jahre fortzuführen. Dies kommt auch durch

hohe Investitionen in Infrastruktur und Bildung zum Ausdruck.

Zu den Plänen für den Ausbau der Bildungseinrichtungen sind für meine Fraktion zwei Aspekte von Bedeutung, die noch zusätzlich beachtet werden sollten.

1. Bei den Neu- und Erweiterungsbauten ist es wichtig, neben der Erstellung von Klassenräumen auch eine ergänzende Infrastruktur zu schaffen. Hierbei geht es z.B. um Räume bzw. Areale für den Aufenthalt in den Pausen und um Parkplätze.

2. Der Landkreis erhält aus dem Digitalpakt Schule ca. 2,6 Mio. Euro. Das ist eine gute Nachricht. Die Verwendung dieser Gelder in den Schulen muss aber zwingend konzeptionell geplant werden. Digitalisierung im Unterricht ist nur dann sinnvoll, wenn sie pädagogischen Zielen dient. Allein mit der Beschaffung von Hardware ist es nicht getan.

Meine Damen und Herren, auf zwei Themen möchte ich zum Schluss meiner Ausführungen besonders eingehen:

- Die Krankenhauslandschaft wird sich auch bei uns in den nächsten Jahren

verändern. Die Rahmenbedingungen, die uns zu diesem Strukturwandel zwingen, haben wir als Kommunalpolitiker nicht zu verantworten. Wir erwarten deshalb von der Landregierung spürbare finanzielle Unterstützung bei unserem Vorhaben, die Versorgung unserer Bevölkerung mit Krankenhausleistungen neu zu ordnen. Meine Fraktion befürwortet weiterhin die finanzielle Unterstützung unserer drei Kliniken. Auch die Veranschlagung von Planungskosten für den Bau eines Zentralkrankenhauses halten wir für richtig.

- Meine Fraktion begrüßt es, dass die Verwaltung nun erneut prüft, ob die Erlöse aus dem Aktienbesitz ohne steuerliche Nachteile auch für andere Aufgaben des Landkreises verwendet werden können.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt 2020 zu. Ich bedanke mich bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Mein Dank geht auch an die Leitung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung für ihr Wirken für die Einwohner des Landkreises.

BUEZ - Wie geht es weiter?

Aktuelle Situation mit Vertretern der FDP-Samtgemeinderatsfraktion und der Samtgemeinde Barnstorf erörtert

Bei einem Besuch der FDP Barnstorf im BUEZ erklärten Jürgen Lübbers und Dr. Oliver Nixdorf die aktuelle Situation. Die FDP bat als einzige Fraktion um das Gespräch wegen der aktuellen Berichterstattung im Diepholzer Kreisblatt über das BUEZ.

In diesem Zusammenhang wurden unterschiedliche Szenarien durchgespielt. Eine Schließung wurde als nicht sinnvoll erachtet, da die dann zu leistenden Rückbauaufgaben unabsehbare Kosten verursachen würden. Es waren sich alle Anwesenden einig über den hohen pädagogischen und Markenwert für Barnstorf. Aus diesem Grund sollte versucht werden, die Personalstruktur des BUEZ weiter zu optimieren, obwohl in diesem Bereich schon viel geleistet worden ist. Die Umweltbildung für Schulen und an-

dere Gruppen sollte ausgebaut werden. Um hier Konzepte zu entwickeln sind aber neben der Gemeinde alle politischen und gesellschaftlichen Gruppen gefordert.

Hans Werner Schwarz machte als Vertreter der Kreis-FDP deutlich, dass das BUEZ im Kreis Diepholz einen guten Ruf hat und das diese Bildungseinrichtung auch dem Landkreis Diepholz etwas wert sein müsse. Eine Schließung würde in Zeiten intensiver Klimadiskussionen ein falsches Zeichen sein. H.-W. Schwarz wolle sich auch in Hannover für eine Unterstützung des BUEZ einsetzen und hier insbesondere mit dem Landesvorsitzenden Stefan Birkner Kontakt aufnehmen.

Ergebnis des Gesprächs war: Das BUEZ braucht ein langfristiges Finanzierungskonzept, das sich aus mehreren Komponenten zusammensetzt. Neben dem Repowering der Windkraftanlagen auf dem Gelände ist eine Ausweitung der Bildungsangebote - Stichwort grünes Klassenzimmer - Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen anzustreben. Gefragt sind auch Ideen, um Fördermöglichkeiten auf Kreis-, Landes-, Bundes- und Europaebene zu erschließen.



digitales
grafisch | für print- und online-medien

gutenbergstraße 1
49419 wagenfeld
telefon 05444 9889-0
telefax 05444 9889-50
info@digitales.de
www.digitales.de

ZEIT FÜR FRISCHE IDEEN ...

IDEE DESIGN DRUCK

Stecken wir unsere Energie nicht ins Verhindern, sondern ins Verändern.

Europas Chancen nutzen.

Politik-Schlussstrich nach 40 Jahren

Hans-Werner Schwarz legt Ratsmandat in der Stadt Diepholz nieder

Artikel aus der Kreiszeitung



Hans-Werner Schwarz (l.), ein liberales Urgestein, legte sein Ratsmandat im Diepholzer Stadtrat nieder und übergab das Mandat an Mattis Langhorst.

Den Zeitpunkt zum Aufhören hat sich Hans-Werner Schwarz bewusst ausgesucht: Vor 40 Jahren war er Mitglied des Diepholzer Rates geworden, hatte seitdem das politische Geschehen in der Kreisstadt, aber später auch im Landkreis Diepholz und im Land Niedersachsen mitgestaltet. Jetzt zieht er einen Schlussstrich: Am Dienstag hat „Blacky“, wie ihn Freunde nennen, bei Bürgermeister Florian Marré seine Mandatsverzichtserklärung mit Wirkung zum 19. März abgegeben. Damit verlässt einer der bekanntesten Diepholzer Kommunalpolitiker die politische Bühne der Kreisstadt, nicht aber des Landkreises: Kreistagsabgeordneter will der FDP-Politiker noch bis zum Ende der Wahlperiode 2021 bleiben.

In der Sitzung des Rates der Stadt Diepholz am 19. März wird Hans-Werner Schwarz verabschiedet und geehrt. Als Nachrücker steht der 27-jährige Mathis Langhorst auf der Liste der FDP. Hans-Werner Schwarz hat mit dem studierten Agrarwissenschaftler schon vor zwei Jahren abgesprochen, dass er 2020 Platz für den jungen Politiker macht. „Eigentlich hatte ich 2016 gar nicht mehr kandidieren wollen“, sagt der 73-Jährige.

Hans-Werner Schwarz ist nicht nur Ratsherr, sondern auch stellvertretender Bürgermeister der Stadt. In seiner 40-jähri-

gen Tätigkeit als ehrenamtlicher Politiker in Diepholz hat er viele Ämter und Aufgaben gehabt – beispielsweise war er von 1996 bis 1999 und von 2003 bis 2005 Bürgermeister und von 2005 bis 2006 Ratsvorsitzender.

Etwa 2800 Sitzungen hat Schwarz nach seinen Schätzungen in den 40 Jahren in der Stadt Diepholz hinter sich gebracht: Rat, Ausschüsse und FDP-Fraktion zusammen gerechnet.

Als erste Entscheidung als Ratsmitglied 1980, als er für den Liberalen Karl-Heinz van Knippenberg nachgerückt war, stand der Bau des Diepholzer Theaters an, das damals noch „Mehrzweck-Feierraum“ genannt wurde, um Zuschüsse nicht zu gefährden. Schwarz stimmte für den Bau. 1986 erlebte der gebürtige Bad Berleburger, der über die Bundeswehr nach Diepholz gekommen war, den Umzug von Politik und Verwaltung in das neue Rathaus mit. Er hätte lieber den damals auch diskutierten alternativen Rathaus-Standort im südlichen Bereich des Marktplatzes am Bremer Eck gesehen – und ein damals mögliches Kaufhaus dort, wo heute das Rathaus steht.

Als Meilenstein in der Stadtentwicklung fand der Bau der Fußgängerzone in den 1980er Jahren seine Zustimmung. Als Erfolg verbucht Schwarz auch die Frei-

Krankenhaus: Lösung für Diepholz finden



Ein deftiges Grünkohlessen gehört traditionell zum Ortsparteitag der Freien Demokraten der Stadt Diepholz dazu. Beides fand in diesem Jahr in der Gaststätte Landgraf auf Lüdersbusch statt.

In seinem Rechenschaftsbericht konnte der Vorsitzende Lars Mester auf ein sehr aktives Jahr mit erfolgreichen Veranstaltungen zurückblicken, wie z.B. der Dämmerschoppen zur Europawahl, die Besichtigung der Firmen Maltz Polytec und Albert Berg sowie des Wasserwerkes Spreckel. Schatzmeister Wilhelm Reckmann konnte nach Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben eine gut gefüllte Kasse verkünden, sodass der Vorstand auf Antrag der amtierenden Rechnungsprüfer entlastet wurde. Auch „kleine Vorstandswahlen“ standen an, nämlich zwei Rechnungsprüfer: einstimmig wurden Helga Bode und Helga Schwarz gewählt.

Da keine weiteren „offiziellen“ Punkte auf der Tagesordnung standen, konnte sich der Ortsparteitag ausführlich mit der Diepholzer Kommunalpolitik beschäftigen. Ganz aktuell ist hierbei natürlich das Thema Zentralkrankenhaus. Karl-Heinz Hoffmann kritisierte das Verfahren insgesamt.

So sei es verwunderlich, dass die Standortfrage an erster Stelle stünde. Er würde doch erwarten, dass zunächst der mögliche Bedarf definiert wird und man sich Gedanken über mögliche Finanzierungen macht, so Hoffmann. Harsche Kritik gab es in diesem Zusammenhang an der Forderung der SPD, dass die Stadt Diepholz sich als Standort für eine neue Zentralklinik bewerben sollte. „Aufwand und Kosten für eine Bewerbung stehen hierbei in keinem Verhältnis zum zu erwartenden Ergebnis“, so Hans-Werner Schwarz. Der Vorsitzende Lars Mester machte deutlich, dass man die Bürger ehrlich informieren und sich stattdessen um eine Nachnutzung des derzeitigen Krankenhauses kümmern sollte. Sorgen mache ihm insbesondere die aktuelle Situation: „Zurzeit gibt es beispielsweise kein Facility-Management und das erschwert eine Nachnutzung erheblich“, befürchtet Lars Mester. „Es müsse neben einem Konzept für den Landkreis auch eine Lösung für Diepholz gefunden werden und die Beteiligten sollten ihre Kraft in eine entsprechende Offensive stecken“, lautet die einhellige Meinung.

legung des Diepholzer Schlosses, das in einem dichten Buschwerk lag, sowie die Entwicklung des Bildungsstandortes Diepholz unter anderem mit Mediothek und Wissenswerkstatt. Hans-Werner Schwarz musste in den 40 Jahren in Diepholz auch politische Niederlagen einstecken. So fand die Einrichtung eines Einkaufsparks an der Steinfelder Straße – heute unter anderem Leymann-Baustoffe und BMW Walkenhorst – nach langen heftigen Diskussionen in den 1990er Jahren keine Mehrheit. „Es wäre gut, wenn wir heute den Don-Park hätten“, blickt Schwarz auf das damals so bezeichnete Vorhaben zurück. Auf der Basis seiner ehrenamtlichen Politikertätigkeit in Stadt und Landkreis Die-

pholz – hauptberuflich war er Lehrer – schaffte es Hans-Werner Schwarz 2003 in den Niedersächsischen Landtag. Dort war er bis 2013 Abgeordneter und von 2008 bis 2013 auch Vizepräsident.

„Ich habe viele positive Dinge erlebt“, ist die Bilanz der kommunalpolitischen Tätigkeit des 73-Jährigen. Doch die heutigen Diskussionen im Rat sieht er ebenso kritisch wie die Kommunikation über die sozialen Netzwerke: „Ich fand es besser, als wir noch Auge in Auge miteinander gesprochen haben.“

Was macht Hans-Werner Schwarz ab 19. März mit der dann gewonnenen Freizeit? „Mehr Enkelbetreuung“, sagt er lächelnd.

Treffen mit Dr. Philipp Rösler

Die Barnstorfer Liberalen nahmen am Ortsparteitag in Nortrup teil

Bei seiner ersten FDP-Veranstaltung seit sechs Jahren beim Grünkohlessen des FDP-Ortsverbandes Samtgemeinde Artland, trafen die Barnstorfer FDP Politiker einen langjährigen Freund und Wegbegleiter des Barnstorfer Ortsverbandes, den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Philipp Rösler. Er ist seit seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik beim Weltwirtschaftsgipfel in New York tätig, und hat weltweit zahlreiche Aufsichtsratsmandate inne. (z.B: USA, Finnland, Ostasien).

Er lebt jetzt mit seiner Familie in Zürich. Gerne erinnert er sich an seine Besuche, Gespräche und Begegnungen in der Samtgemeinde Barnstorf. Aktuell nimmt er weltweit als Hauptveränderung in der Politik die immer weitere Entfernung einer Politik ohne feste Standpunkte von den Menschen wahr. Die Lebewirklichkeit vieler Politikspiele sich nur noch in Berlin-Mitte ab - das Leben und die Menschen im Land würden nicht mehr wahr genommen.

Rechtspopulistische Parteien hätten dann auf komplexe und schwierige Fra-

gen und Sachverhalte einfache Antworten, für die Unzufriedene oftmals sehr



empfänglich sind. Aktive, verlässliche und pragmatische Kommunalpolitik mit festen Standpunkten, wie es die FDP macht, bringe den Menschen wieder Heimat, Hoffnung und Vertrauen.

Die Sonneneinstrahlung ist hierfür bestens geeignet

Der FDP-Ortsverband Barnstorf besichtigte die Tabak-Produktion auf den Höfen von Jörg Rudnick und Jens Schwichtenberg

Sehr beeindruckt zeigten sich Fraktions- und Vorstandsmitglieder des FDP-Ortsverbandes Barnstorf sowie einige interessierte Landwirte an der Tabak-Produktion von Jörg Rudnick und Jens Schwichtenberg. Auf 20 ha bauen sie seit drei Jahren qualitativ hochwertigen Tabak für die Shisha-Pfeifenraucher im Arabischen Raum, an.

„Die Sonneneinstrahlung in unseren Breitengraden, wie auch in Polen, Frankreich und Kanada ist hierfür bestens geeignet“, so Jörg Rudnik, „und gleichzeitig betreiben wir Grundwasserschutz, denn 30 kg Stickstoff/ha reicht für die Düngung aus. Aktuell bei der Verschärfung der Gülle Ausbringverbote und die sogenannten roten Gebiete, in der die Pflanzen nur noch mit 80% ihres Nährstoffbedarfs versorgt werden dürfen, ist der Tabakanbau eine gute Alternative.

Auf einem Feld in Schmolte erläuterte Rudnik den Gästen den Arbeitsablauf von der Aufzucht der Tabakstecklinge, vom Pflanzen bis zum sechsmaligen Pflücken der Tabakblätter. Hier sind 13 Erntehelfer aus Polen und Ru-

mänien beschäftigt. „Schwierig ist der hohe Verwaltungsaufwand und die immer mehr werdende Bürokratie im Abrechnungswesen. Hier wäre das System, das in Frankreich praktiziert wird, wesentlich einfacher“, so Jörg Rudnik. Einen Einblick in die Weiterverarbeitung und Trocknung gab dann Jens Schwichtenberg auf seinem Hof in

Dieckhaus. Ca. sechs Tage werden die geenteten Blätter in sogenannten Trockenöfen getrocknet, bis sie sich gelb verfärbt haben. „Wir starten mit 38° und drehen dann bis 67° auf“, erläutert Jens Schwichtenberg, „die Wärme dafür produziert optimalerweise unsere Biogasanlage“.

Nach der Trocknung werden die zitro-

nengelben Tabakblätter nach Güteklassen sortiert und in Kartons verpackt. Die Erzeugergemeinschaft der Tabakanbauer übernimmt dann die weltweite Vermarktung. „Wir sind stolz auf auf solche bäuerlichen Familienbetriebe, die im Kampf mit zu viel Bürokratie und wettbewerbsnachteilen in Europa, trotzdem ihren Beitrag leisten. Denn sie prägen den Mittelstand in besonderer Weise. Die FDP wird diesen Betrieben wie Rudnik und Schwichtenberg immer den Rücken freihalten, damit sie das tun, was sie am besten können: Nämlich erstklassige Produkte herstellen“, so stellvertretender Ortsverbandsvorsitzender Wilhelm Dieke zum Abschluss.



„Junge Liberale in Stuhr, meldet euch!“

Am Ende des traditionellen Weihnachtssessens des FDP Ortsverbandes sei allen klar gewesen: Die Zukunft gehöre der Jugend und diese müsse in die aktive Politik integriert werden.

Am vergangenen Freitagabend hatte der Stuhrer Ortsverband der Freien Demokraten seine Mitglieder und Freunde zum alljährlichen Weihnachtssessen in das Hotel Bremer Tor in Brinkum eingeladen. Ehrengast des Abends war in diesem Jahr Nemir Ali, stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Liberalen (JuLi) Niedersachsen und verantwortlich für die Programmatik des liberalen Jugendverbands. Zudem konnten die Stuhrer Liberalen den innen- und rechtspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, den Weyher Marco Genthe, begrüßen.

In zwangloser Atmosphäre ermutigte sodann der Jungliberale Nemir Ali die anwesenden Gäste der FDP Stuhr dazu, der Jugend die Chance zu geben und ein niederschwelliges Angebot der politischen Partizipation zu schaffen. Mit Blick auf die Altersstruktur mancher Kommunalparlamente falle eine Verschiebung der demographischen Wirklichkeit zugunsten der älteren Generation auf. Rainer Mewe, Beisitzer im Ortsverband merkte hierzu an: „Kommunalpolitik ist die direkteste Politik, die jeder Einwohner in der Gemeinde zu spüren kriegt. Im Gemeinderat wird beschlossen, ob eine neue Kita gebaut wird, ob eine Straßenbahn durch Stuhr verlaufen wird, ob Freizeiteinrichtungen finanzierbar sind oder nicht. Sie betreffen jedes Mitglied des Gemeinwesens, ob jung oder alt.“ Aber gerade in der Kommunalpolitik fehle es an jungen Mitstreitenden und die Sichtweise ihrer Generation. Für Nemir Ali sei die Unterrepräsentanz der Jugend im Gemeinderat sehr bedauerlich. Die Parteien hätten indes derzeit eine große Chance, denn die Jugend dieser Tage sei so politisiert wie lange nicht mehr. Diese Motivation und bisweilen Ungeduld der Jugend werde in den Kommunalparlamenten gebraucht. Alexander Carapinha-

ha Hesse, Fraktionsvorsitzender der FDP im Gemeinderat, wolle die Chance nicht verstreichen lassen: „Wir müssen der Jugend den Zugang in die Kommunalpolitik einfach gestalten, ein niederschwelliges Angebot schaffen. Sollten sich junge Liberale in Stuhr finden, so sollten wir ihnen unter die Arme greifen und auch die Gründung eines JuLi-Ortsverbandes unterstützen.“ FDP-Urgestein Jürgen Timm betonte in diesem Zusammenhang, dass man in vorangegangenen Kommunalwahlen immer wieder junge Menschen auf den Listen platziert habe und sie in die Partei integriert habe.

Der Vorsitzende des Ortsverbandes, Jan-Alfred Meyer-Diekena, hatte an Nemir Ali indes konkrete Fragen: „Wie bekommen wir junge Menschen in die aktive Politik, welche Signale wünscht sich die Jugend von der Kommunalpolitik und was kann die Jugend zur politischen Arbeit beitragen?“ Zunächst solle man das Engagement der Jugend nicht nur auf ein Thema, wie den Klimaprotest, herunterbrechen, so der Jungliberale. Die Jugend bewege noch viel mehr, wie z.B. ein gut ausgebauter und vor allem für die Jugend bezahlbarer öffentlicher Personennahverkehr. Dies sei gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen wichtig. Als weiteres Beispiel nannte Nemir Ali aber auch die Diskussion um die Schule der Zukunft. Auf einem in 2020 stattfindenden Landesschülerkongress werde man hierbei über neue Unterrichtsmethoden diskutieren wie z.B. das Ersetzen von starren Schulfächern durch die Methode des Projekt- und Phänomenbasierten Lernens.

Das Fazit des Abends, da waren sich die anwesenden Kommunalpolitiker und Gäste einig, solle eine stärkere Einbindung der Jugend in den Diskussionen sein. So stehe der Ortsverband auch im kommenden Jahr offen für neue Mitwirkende. „Und sollten diese jung und liberal sein, habe man auch nichts dagegen“, merkte Carapinha Hesse mit einem Augenzwinkern an. „Ganz im Gegenteil!“

Text: Alexander Carapinha Hesse



„Der frühe Liberale gewinnt die Wahl“



„Der frühe Liberale gewinnt die Wahl“. Getreu diesem Motto haben FDP-Urgestein, Jürgen Timm, und der Fraktionsvorsitzende der FDP Stuhr, Alexander Carapinha Hesse, am neuen Schulungsformat der FDP Niedersachsen, dem Skill Camp 2019 in Hameln teilgenommen. Schwerpunkt waren die Themen Kommunalpolitik und Wahlkampf, die in interessanten Workshops durch verschiedene Referenten und in Zusammenarbeit mit der Vereinigung liberaler Kommunalpolitiker Niedersachsen aufgearbeitet wurden.

Inhaltlich wurden in den Workshops u.a. Fragen zu Social Media und Rhetorik in der Politik beantwortet. Vor allem wurden jedoch auch innovative Ideen für den Wahlkampf sowie liberale Ideen für die Kommunalpolitik den Teilnehmerinnen und Teilnehmern näher gebracht.

Mit einem großen Paket voll von Eindrücken und Ideen können nun die ersten Weichen für die Kommunalwahlen 2021 gestellt werden.

Ihre **Drucksachen**
sollten so **einzigartig**
sein wie Ihr



digitales
gesellschaft für print- und infomedien mbh

gutenbergstraße 1 · 49419 wagenfeld · tel. (0 54 44) 98 89-0 · fax (0 54 44) 98 89-50
e-mail: info@digitales.de · internet: www.digitales.de



Mit „German Mut“ Berge versetzen

Im Januar 2020 war der Fraktionsvorsitzende der FDP Stuhr, Alexander Carapinha Hesse, als Ehrengast und Festredner zur Freisprechung der Innung für Sanitär-, Heizung-, Klima und Klempnertechnik im Landkreis Diepholz eingeladen.

Seine Glückwünsche an die Junggesellin (sic!) und Junggesellenverband er mit der Botschaft, dass man der dualen Ausbildung den Stellenwert zukommen lassen muss, den sie verdient. Denn gerade die Verbindung aus praktischer



Arbeit und theoretischem Lernen sei nicht nur förderlich für die Auszubildenden, sondern es ist für die Unternehmen genau der richtige Mix aus Wissen und Können. Die duale Berufsausbildung sei ein verlässliches System, dass in Deutschland eine lange Tradition besäße - und sie stünde in Ansehen und Karrieremöglichkeiten einem akademischen Ausbildungsweg in nichts nach. Dies mag im krassen Widerspruch zum andauernden Trend und zum Ansturm auf unsere Universitäten und Hochschulen stehen. Man erlebe seit Jahren geradezu eine Akademisierung der Gesellschaft. Immer mehr junge Menschen drängen an die Hochschulen und Universitäten. Alexander Carapinha Hesse fragte sodann jedoch in die Runde der Feiargesellschaft: „Wenn alle studieren, wer baut dann die Unis? Wer sorgt dafür, dass in den Vorlesungen im Winter nicht gefroren wird? Wer sorgt für fließendes Wasser in den Studentenwohnheimen?“

Mit einem Zitat von Konfuzius über einen Mann, der einen Berg abtrug und derselbe war, der zunächst anfang, kleine Steine davonzutragen, machte Car-

pinha Hesse den anwesenden Junggesellen Mut, die selbst gesteckten Ziele zu verfolgen. Anstelle des international verbreiteten Begriffs der „German Angst“, der eine typisch deutsche und charakteristische Eigenschaft beschreiben soll und Deutsche stets große Bedenken gegenüber Neuem attestiere, sollte „German Mut“ gezeigt werden. „Sie haben schon einmal bewiesen, dass Sie Berge versetzen können. Aus diesem Grund sitzen Sie hier bei Ihrer Freisprechung und empfangen Ihre Gesellenbriefe. Haben Sie daher Mut zur Eigeninitiative, zur Selbstverwirklichung im Beruf. Zögern Sie nicht, nutzen Sie Ihr Handwerk, nutzen Sie das Potential, das in Ihnen schlummert,“ so Alexander Carapinha Hesse (Foto).



BESCHRIFTUNGEN
individuell & schnell

digitales
gesellschaft für print- und infomedien mbh

Tel. 05444 9889-0 • info@digitales.de

Stecken wir unsere Energie nicht ins Verhindern, sondern ins Verändern.

Europas Chancen nutzen.

Volles Haus beim traditionellen Entenessen Der FDP-Ortsverband „Altes Amt Lemförde“ hatte eingeladen - Kai Abruszat war Gastredner

Über 40 Mitglieder und Freunde der Freien Demokraten des Ortsverbandes „Altes Amt Lemförde“ durfte die Vorsitzende Heike Hannker in der vergangenen Woche in Tiemann's Hotel in Stemshorn begrüßen. Auch zahlreiche junge Neumitglieder waren unter den Anwesenden, was auch dem neuen FDP-Ortsvorstand sehr freute.

Diesjähriger Gastredner war der Bürgermeister der Nachbargemeinde Stemwede, Kai Abruszat, der den Anwesenden zu einem aktiven Ortsverband und einer engagierten FDP-Samtgemeinde Fraktion gratulierte. „Hier bei uns im ländlichen Raum mit starkem Mittelstand, ist die Welt noch buchstäblich in Ordnung. Wenn wir Kommunalpolitik mit den Bürgern weiterhin gemeinsam gestalten, können wir dazu beitragen, dass es auch so bleibt“, so Abruszat.

Er ging in seiner Ansprache auf das gemeinsame Gestalten der unmittelbaren Sozialräume ein. So habe Stemwede in den vergangenen Jahren auch einige Veränderungen durchlaufen. 13 vitale Dörfer haben sich zu einer Kommune Stemwede zusammen geschlossen, ohne dabei ihre eigene Identität zu verlieren. Aus 13 Feuerwehren wurden acht neue Standorte mit fünf neuen Feuerwehrhäusern. „Das klappt nur im gemeinsamen Dialog mit den Feuerwehrleuten, die ehrenamtlich einen Großteil ihrer Freizeit für das Gemeinwohl opfern“, so Abruszat. Zudem müsse man in Zeiten von immer mehr Ausgrenzung und Rechtsruck Räume schaffen, an denen Menschen sich begegnen und ihr Vereins- und Dorfleben einrichten können. Stemwede hatte im letzten Jahr viel Geld vom Land für Maßnahmen zur Dorferneuerung beantragt und erhalten. 12 Mio. Euro investiere die Gemeinde Stemwede in die Digitalisierung der Verwaltung und vor allem in den Breitbandausbau, damit die Unternehmen in der Region wettbewerbsfähig bleiben und Privatpersonen von der digitalen Welt nicht angeschnitten bleiben.

Ein gemeinsames touristisches Projekt sah der Gastredner grenzübergreifend mit dem geplanten Aussichtsturm auf der Wilhelmshöhe. „Der Turm muss so hoch sein, dass man über die Bäume bis zum Dämmer und über die Gemeinde Stemwede bis zur Porta Westfalica sehen kann“, schmunzelte Abruszat, der für das Projekt nun Fördermittel beantragt habe und auch auf Unterstützung vom Land Niedersachsen hoffe. „Im All-

tag orientieren wir uns auch immer weniger an der Landesgrenze und arbeiten gut zusammen“, betonte der Stemweder Bürgermeister.

Zweiter Gastredner war in diesem Jahr der Landtagsabgeordnete und FDP-Kreisvorsitzende Dr. Marco Genthe. Er berichtete über den komplett ambitionlosen Haushaltsentwurf der rot-schwarzen Landesregierung. Auch die Initiativen der Regierungsfractionen würden keine prägnanten Ansätze enthalten, sondern wären eher eine Reparaturliste für Dinge, die schlichtweg vergessen wurden. Man halte sich zum Beispiel seit einem Jahr mit dem Rodewalder Wolf auf. Sein Vorschlag dazu: „Wer es schaffe, der Landesregierung ein Jahr davon zu laufen, der solle begnadigt werden“, so Genthe schmunzelnd.

Als rechts- und innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion sprach er auch über Anfeindungen von Politikern, über den Entschliessungsantrag zu sogenannten Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Bekämpfung der Clankriminalität, über die schlecht ausgestattete Polizei, die zahlreich unbesetzten Stellen.

„In Niedersachsen fehlen allein 252 Richter und Staatsanwälte, insgesamt über 600 Stellen im Bereich der Justiz. Justiz hört nicht wie beim Fernseh-Tatort mit der Inhaftierung auf, sondern sie fängt dort erst richtig an. Ein starker Rechtsstaat müsse die Durchsetzung von Justiz und Recht auch gewährleisten können. Ermittelte Straftäter warten momentan jahrelang auf ihren Prozess. Das ist für die Opfer und die Gesellschaft unerträglich“, so Genthe in seiner Rede.

Für die Anwesenden zwei sehr interessante Beiträge, die den gelungenen Abend mit einer fantastisch gebratenen Ente abrundete.



Entenessen 2019

Freie Demokraten

Kreisverband Diepholz FDP



Die Geehrten für langjährige Mitgliedschaften in der FDP während des Entenessen 2019 mit dem Kreisvorsitzenden Dr. Marco Genthe in Twistringen (v.r.n.l.): Dieter Degen, Ortsverband Sulinger Land (40 Jahre), Ludwig Wiegmann, OV Altes Amt Lemförde (50 Jahre), Burckhard Bode, OV Diepholz (25 Jahre) und Adol Runnebaum, OV Bamstorf.
Alle Fotos: Reinhard Kawemeyer



ZEIT FÜR NEUES

- WERBEBERATUNG
- CORPORATE DESIGN
- DRUCKPRODUKTE
- OFFSETDRUCK
- DIGITALDRUCK
- PLAKATE | FLYER
- AUTOBESCHRIFTUNG
- SCHILDER | AUFKLEBER
- KLÖNSNACK
- FAIRE PREISE
- WIR SIND DA

digitales
gesellschaft für print- und online-mbb

Gutenbergstraße 1 | 49419 Wagenfeld | Fon 05444 | 9889-0 | info@digitales.de